

2 Hintergrund: Das Leitbild ‚nachhaltige Entwicklung‘

2.1 Verankerung und Idee

Auf politischer Ebene wurde das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* seit der UN-Konferenz in Rio im Jahre 1992 mit der Verabschiedung der Agenda 21 stetig durch Folgekonferenzen verankert. In dem der Agenda 21 zugrunde liegenden Nachhaltigkeitsverständnis wird nachhaltige Entwicklung als *intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit* verstanden (vgl. Hauff, 1987). Die Definition geht auf den Brundtland-Bericht (im Original *Our Common Future*) der Umweltkommission der WCED (*World Commission on Environment and Development*)⁶ zurück. In diesem Bericht wird nachhaltige Entwicklung als „die Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff, 1987, S. 46) verstanden. Den zukünftigen Generationen soll also etwas hinterlassen werden, damit ihnen die gleichen Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung stehen. *Gerechtigkeit*, als gleiches Recht auf etwas, stellt somit den zentralen

6 Die Ursprünge des Begriffs *Sustainable Development* sind deutlich früher zu verorten (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012): 1972 wurde die erste weltweite Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm abgehalten, was zur Gründung des Umweltprogramm UNEP führte. Auf dieser Konferenz wurden bereits Umwelt- und Entwicklungsaspekte verknüpfend behandelt. Es folgte 1980 die Ausarbeitung einer *World Conservation Strategy* von UNEP, WWF und IUCN (*International Union for the Conservation of Nature*). Hier findet sich die erstmalige Nutzung des Begriffes *Sustainable Development* in einem politischen Dokument solcher Größe. In diesem Dokument ging es um die Möglichkeit einer ökonomischen Entwicklung mit gleichzeitigem Erhalt der ökologischen Bedingungen (vgl. ebd., S. 20 ff.). Dennoch wird deutlich häufiger ein anderes Dokument in Verbindung mit dem Begriff *nachhaltige Entwicklung* genannt: Der sogenannte Brundtland-Bericht der Umweltkommission der WCED (*World Commission on Environment and Development*).

Gedanken für eine nachhaltige Entwicklung dar. Dabei spielt sowohl die *intra-*, als auch die *intergenerationelle* Gerechtigkeit eine wichtige Rolle (vgl. Ekardt, 2012b; Grunwald & Kopfmüller, 2012; Tremmel, 2012). Es geht sowohl um die Verteilung von Ressourcen als auch von Chancen. Zu dem Aspekt der *intragenerationellen Gerechtigkeit* werden internationale, soziale und Geschlechter-Gerechtigkeit gezählt; zur *intergenerationellen Gerechtigkeit* ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit (vgl. Tremmel, 2012, S. 26 f.). Damit stellt der Brundtland-Bericht das erste politische Dokument dar, das nachhaltige Entwicklung mitunter durch das Argument der zukünftigen Generationen begründet (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 24). Des Weiteren wird im Brundtland-Bericht auf den deutlichen Zusammenhang zwischen Produktions- und Konsummustern und globalen Umweltproblemen eingegangen. Damit werden entwicklungs- und umweltpolitische Probleme angesprochen, was den Ausgangspunkt für den Begriff *nachhaltige Entwicklung* als eine Zusammensetzung zwischen *Nachhaltigkeit*⁷ im ökologischen und *Entwicklung* im ökonomischen Sinne darstellt (vgl. Pufé 2014, S. 43).

Die Agenda 21 (UNEP, 1992) stellt ein globales Aktionsprogramm dar, in dem Maßnahmen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung vorgeschlagen werden. Das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* soll durch die Agenda 21 in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Bildung weltweit integriert und institutionalisiert werden. Das Nachhaltigkeitsverständnis bezieht sich dabei auf den Brundtland-Bericht. In der Agenda 21 werden neben Zielen auch Maßnahmen zur Umsetzung vorgestellt (u.a. durch Bildung). Zur Umsetzung sollen lokale Hand-

7 Der Begriff *Nachhaltigkeit* wird dabei auf die Forstwirtschaft zurückgeführt. 1713 verwendete der Oberberghauptmann von Carlowitz den Begriff erstmalig, indem er den Grundsatz formuliert, dass nur so viel Holz geschlagen werden dürfe, wie durch das Pflanzen neuer Bäume nachwachsen. Nachhaltig wirtschaften bedeutet demnach, dass von den Erträgen und nicht vom Kapital selbst gelebt werden soll. Carlowitz reagierte damit auf den immer knapper werdenden Holzbestand und in diesem Sinne stellt Nachhaltigkeit ein ressourcenökonomisches Prinzip dar (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 18 f.). Weniger Erwähnung findet dagegen Carl von Linnée, der Mitte des 18. Jahrhunderts ebenfalls forderte, dass es gelingen müsse, der Natur zufolge zu wirtschaften und sich die Ökonomie der Ökologie unterzuordnen habe (vgl. Pufé, 2014, S. 36 ff.). Über 200 Jahre blieb das Prinzip jedoch auf die Forst- und Fischereiwirtschaft beschränkt; Für die Gesamtwirtschaft war Gewinnmaximierung das leitende Prinzip. 1987 erlangte *Nachhaltigkeit* durch den Brundtland-Bericht wieder breitere Beachtung (vgl. ebd.).

lungsmöglichkeiten und damit Kommunen, aber auch NGOs und weitere Gruppen gestärkt werden.

Problemfelder, auf die reagiert werden soll, bilden die folgenden (vgl. Pufé 2014, S. 24):

- Umweltprobleme (v.a. Klimawandel, Biodiversitätsverlust)
- Nahrungs- und Trinkwasserknappheit (sowie die Knappheit landwirtschaftlich genutzter Flächen)
- Ressourcenknappheit (Peak Oil bei gleichzeitig steigender Energienachfrage)
- Wohlstand und Gesundheit (Armut, Krankheit, Ozonloch)
- Weltbevölkerung (Migration, Kriege)
- Menschenrechte (Ungerechtigkeit, Minderheiten, Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Zugang zu Bildung, soziale Sicherheitssysteme).

Nachhaltigkeit als regulierende Idee

Häufig werden die Begriffe *Nachhaltigkeit* und *nachhaltige Entwicklung* synonym verwendet, obwohl mit *Nachhaltigkeit* meist ein Zielzustand beschrieben wird und *nachhaltige Entwicklung* auf den Weg dorthin verweist (vgl. Otto, 2007). „Demnach ist nachhaltige Entwicklung ein Prozess mit dem Ziel der Nachhaltigkeit, das niemals ganz erreicht werden kann“ (Otto, 2007, S. 40). Da sich Einflüsse und Anforderungen jedoch häufig ändern, sind eine nachhaltige Entwicklung sowie deren Ziele als prozesshaft zu betrachten. Nachhaltigkeit ist ein bewegliches Ziel, das sich durch die dynamischen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt verändert (vgl. Bagheri & Hjorth, 2007). Der normative Idealzustand ist dabei weniger als konkretes Ziel zu verstehen, sondern eher als die treibende Kraft, ähnlich zu einem leitenden Prinzip (vgl. Bagheri & Hjorth, 2007; Otto, 2007). Nachhaltige Entwicklung ist als Leitbild anzusehen, das bei Entscheidungen, wie Menschen heute und in Zukunft leben wollen, Orientierung geben soll (vgl. Gräsel et al., 2012, S. 8). Es kann auch als regulierende Idee verstanden werden, die als heuristische Struktur zur Richtung und Reflexion dient (vgl. Rauch & Dulle, 2014, S. 16). Darüber hinaus geht es um die Frage,

was unter einer gerechten Gesellschaft oder einem „guten Leben“ zu verstehen ist (Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 31 ff.). Das Konzept *nachhaltige Entwicklung* ist überwiegend problem-, aber auch zukunftsorientiert und soll ein Vorsorgeprinzip darstellen, denn es kann nicht als zentral gelten weiterhin Schäden zu reparieren, wie es bislang der Fall war (vgl. ebd., S. 33).

Die Anforderung einer nachhaltigen Entwicklung berührt viele unterschiedliche Aspekte: Neben dem Umgang mit der Natur und der gesellschaftlichen Frage, was eine gerechte Gesellschaftsform oder das „gute Leben“ darstellt, müssen die bestehenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen einbezogen werden, damit entsprechende Maßnahmen und Strategien entwickelt werden können (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012). Normative Prinzipien, wie Antworten auf die Fragen, was gerecht ist oder was ein „gutes Leben“ bedeutet, können sich nicht aus wissenschaftlichem⁸ Wissen ableiten. Was letztendlich als gerecht definiert wird, ist in einem gesellschaftlichen Diskurs zu klären und bedarf auch der ständigen Überprüfung. Der Beitrag der Wissenschaft ist vielmehr darin zu sehen, Erklärungen für den derzeitigen Zustand zu liefern und ebenfalls Vorschläge für die Umsetzung des Leitbildes zu erarbeiten (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012; Renn, 2007). Nachhaltigkeitsmodelle bieten hierbei Orientierung für alle beteiligten Akteure und Entscheidungsträger.

2.2 Nachhaltigkeitsmodelle und -strategien

Nachhaltigkeitsmodelle

Eines der ersten Modelle der Nachhaltigkeit formt Ökologie, Ökonomie und Soziales zu den drei Säulen, auf denen Nachhaltigkeit basiert (vgl. Pufé, 2014, S. 118 ff.). Es wird deshalb auch als *Dreisäulenmodell* bezeichnet (s. Abb. 1). Eine Entwicklung ist demnach nachhaltig, wenn sie die ökologische, soziale und ökonomische Perspektive gemeinsam berücksichtigt. Die Säulen veranschaulichen

8 Hier ist v.a. natur- und wirtschaftswissenschaftliches Wissen gemeint, da sich beispielsweise Philosophie und Sozialwissenschaften explizit mit normativen Prinzipien beschäftigen.

dabei gut, dass Nachhaltigkeit auf allen drei Bereichen aufbauen muss, da im Falle des Wegbruchs eines Bereichs das gesamte Konstrukt einstürzen würde. Das *Dreisäulenmodell* wird jedoch dafür kritisiert, dass die einzelnen Bereiche unabhängig voneinander betrachtet werden, diese in der Realität jedoch nicht so einfach zu trennen seien bzw. als miteinander verbunden gedacht werden müssen. Diese Kritik wurde in *Mehrdimensionenmodellen* aufgegriffen, darunter ist als bekanntestes das *Dreiklangmodell* zu nennen (s. Abb. 1) (vgl. ebd.). In manchen Modellen wird noch eine vierte Dimension genannt, die institutionell-politische, um zu verdeutlichen, dass es einer Gestaltung von Rahmenbedingungen bedarf, um nachhaltige Entscheidungen treffen zu können (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 57).

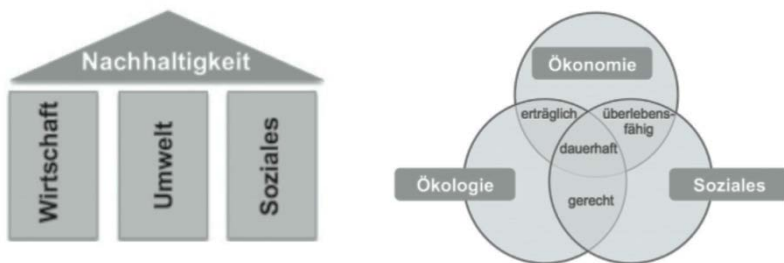


Abbildung 1: Dreisäulenmodell (Pufë, 2014, S. 118) und Dreiklangmodell (ebd., S.121).

Eine häufige Kritik an den vorgestellten Modellen ist die, dass keine Priorisierung der Bereiche vorgegeben ist (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 59 f.; Ott, 2010, S. 165). In der Regel konkurriert dabei – aufgrund von marktwirtschaftlichen Interessen – die ökonomische mit der ökologischen oder sozialen Dimension. Mit dem Argument, dass es letztlich die natürlichen Bedingungen seien und damit die ökologische Dimension, wird dieser in Konzepten der sogenannten *ökologischen Nachhaltigkeit* Vorrang eingeräumt (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, 54 ff.). In Modellen der *ökologischen Nachhaltigkeit* sind Regeln formuliert, die festschreiben, wie Ressourcen genutzt werden sollen. Beispielsweise dürfen nur so viele nicht erneuerbare Energien verwendet werden,

wie erneuerbare Energien bereitgestellt werden können. Doch auch solche Regeln führen nur bedingt zu konkreten oder gar einheitlichen Ergebnissen bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen. Des Weiteren ist es schwierig, die Grenzen der natürlichen Umwelt zu bestimmen. Ökologische Nachhaltigkeitskonzeptionen werden ebenfalls dafür kritisiert, dass die Gerechtigkeitsfrage aufgrund der Dringlichkeit der Bearbeitung der ökologischen Krise in den Hintergrund rückt (vgl. ebd., 54 ff.).

Integrative Nachhaltigkeitskonzeptionen versuchen auf diese Problematik zu reagieren. Das daraus abgeleitete *Nachhaltigkeitsdreieck* erfährt derzeit die meiste Zustimmung. Mit dem Dreieck gibt es keine voneinander getrennten Bereiche, sondern sie werden als ein Ganzes betrachtet (vgl. Pufé, 2012, S. 121 ff.). Integrative Ansätze versuchen die Komplexität zu erfassen, indem Prinzipien, Ziele und Regeln genannt werden, die nicht auf eine bestimmte Dimension beschränkt sind (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 60 f.).

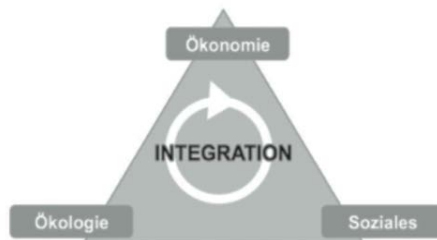


Abbildung 2: Nachhaltigkeitsdreieck (Pufé, 2014, S. 122).

Solche Prinzipien können, wie im Falle der Nachhaltigkeitsstrategie der Helmholtz-Gesellschaft *Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland*, intra- und intergenerative Gerechtigkeit, globale Orientierung und ein anthropozentrischer Ansatz sein (vgl. ebd., S. 60 f.). Als Minimalziele werden hier die Sicherung der menschlichen Existenz, die Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials sowie die Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten formuliert. Auch der vom WBGU (1996) entwickelte *Syndromansatz* kann als ein integratives Konzept eingestuft werden. Dabei werden Probleme des globalen Wandels hinsichtlich ihrer Ursache, weiterer Wirkung

und Handlungsmöglichkeiten untersucht. Der globale Raum wird nicht in einzelne Teile geteilt (z.B. Stadt, Infrastruktur, Landnutzung), sondern es wird von *Syndromen* gesprochen, die weltweit auftreten und hinsichtlich ihrer Fehlnutzung untersucht werden (vgl. Seybold, 2001, S. 70).

Eine weitere Unterscheidung bezüglich Nachhaltigkeitskonzeptionen wird durch die Definition von Kapital bzw. dessen Erhaltung gemacht (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 65 ff.). Es wird zwischen natürlichem und menschengemachtem Kapital unterschieden. Zu natürlichem Kapital gehören natürliche Ressourcen, zu menschengemachtem oder künstlichem Kapital Maschinen, Wissen oder soziale Strukturen. Dabei ist die Grundfrage, ob sich die beiden Kapitalarten des natürlichen Kapitals und des menschengemachten Kapitals ineinander umwandeln lassen. Vertreter*innen des Konzeptes schwacher Nachhaltigkeit definieren etwas als nachhaltig, wenn die Summe des Kapitals konstant bleibt. Damit wäre ein Aufbrauchen von natürlichem Kapital gerechtfertigt, wenn es durch einen Zuwachs von Mensch-gemachtem Kapital ausgeglichen wird. Eine solche Konzeption ist überwiegend in den Wirtschaftswissenschaften verbreitet. An diesem Ansatz wird in Anlehnung an das Modell der ökologischen Nachhaltigkeit häufig kritisiert, dass unbeachtet bleibt, dass die Basis und die Grenzen des Wirtschaftens letztlich durch das natürliche Kapital definiert werden. Des Weiteren übernimmt das natürliche Kapital Funktionen, die vermutlich nicht alle durch künstliches Kapital ersetzt werden können (vgl. ebd.). Dagegen wird in Konzepten einer starken Nachhaltigkeit ausgeschlossen, dass eine Umwandlung des Kapitals möglich ist (vgl. Ott & Döring, 2008). Es kann höchstens innerhalb desselben umgewandelt werden (z.B. die Aufforstung eines Waldes aufgrund der Abholzung eines anderen). Es wird hier also von einem Vorsorgeprinzip ausgegangen, da Maßnahmen ergriffen werden, um die Risiken und Gefahren bereits im Vorfeld zu reduzieren (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 67 f.). Diese Position wird damit kritisiert, dass es streng genommen nicht möglich ist, nicht erneuerbare Ressourcen zu verwenden, da diese schlichtweg nicht erneuert werden können. In gemäßigter Auffassung ist dies jedoch möglich, wenn die grundlegende Funktion der Natur erhalten bleibe. So könnte beispielsweise auf fossile Energieträger zurückgegriffen werden, wenn gleichzeitig für die nachfolgenden

Generationen eine alternative Technologie zur Verfügung stünde, durch die Produktivität und Mobilität möglich sind (vgl. ebd., S. 66).

Nachhaltigkeitsstrategien

Zur konkreten Umsetzung zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung wird sich auf drei Strategien bezogen: Effizienz, Suffizienz und Konsistenz (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 92 ff.; Pufé, 2014, S. 134 ff.). Die *Effizienzstrategie* wird meist im wirtschaftlichen Kontext genannt und zielt auf nachhaltigere Produktionsmuster ab. Durch neue Technologien oder eine Verbesserung der Produktionswege soll der Ressourceneinsatz (Energie oder Material) reduziert werden. Die *Konsistenzstrategie* verfolgt eine Kreislaufwirtschaft, die sowohl auf die Produktions- als auch auf die Konsummuster abzielt, da sich diese in einem Kreislauf befinden müssen. Es findet dabei eine qualitative Reduzierung des Umweltverbrauchs durch einen Austausch der zur Produktion benötigten Stoffe selbst statt. Dazu zählt beispielsweise der Einsatz erneuerbarer Energien (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 93). Dies erfordert eine vorausschauende Politik, da dieser Kreislauf gesteuert werden muss (vgl. Pufé, 2014, S. 135). Die *Suffizienzstrategie* bezieht sich dagegen auf eine Veränderung des Lebensstils, der an einer Reduzierung von Gütern orientiert ist (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 93 f.). Damit verbunden werden häufig die Aspekte der Genügsamkeit, Entschleunigung und Lebensqualität durch verminderten Konsum genannt (vgl. ebd.).

Eine einzelne Strategie wird dabei kaum zum Ziel führen, vielmehr müssen alle Strategien integrativ angewandt werden (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012). Effizienz und Konsistenz beziehen sich auf die Produktionsbedingungen und sind damit für eine Einzelperson nur indirekt steuerbar. Aus diesem Grund stellt die Suffizienzstrategie diejenige Variante dar, die überwiegend in Bezug auf individuelles Verhalten diskutiert wird. Von Bildungskonzepten wird sie aufgrund der Fokussierung des Individuums favorisiert (vgl. Dahlbeck, 2014). Von

manchen Wissenschaftler*innen wird die Suffizienzstrategie auch als die bedeutendste und nachhaltigste eingeschätzt (z.B. Ott & Voget, 2007).

Es muss festgehalten werden, dass ganz gleich auf welches Modell oder welche Strategie sich bezogen wird, eine nachhaltige Entwicklung immer mit der Herausforderung einhergeht, unterschiedliche Interessen zu vereinen (vgl. Ott, 2010; Pufé, 2014): Steht für politische Akteure die Sicherung der Existenzbasis, auch in Form des wirtschaftlichen Standortes, im Vordergrund, engagieren sich NGOs für die von der Politik nicht vertretenen Themen. Wirtschaftliche Akteure dagegen sehen den größten Nutzen durch Innovation und Wettbewerbsvorteile und favorisieren dabei meist die Effizienzstrategie (vgl. Pufé, 2014, S. 27). Gerade deshalb wird diese Nachhaltigkeitsstrategie auch kritisiert, da sich an der Wirtschaftslogik selbst nichts ändern, sondern lediglich effizienter produziert werden müsse (vgl. ebd.). Es wird bereits hier deutlich, dass die Definition davon, was nachhaltig ist, keinesfalls einfach ist, da unterschiedliche Interessen und Perspektiven ein unterschiedliches Verständnis davon haben, was gerecht ist⁹. Genau das stellt auch den Ausgangspunkt häufiger Kritik am Leitbild *nachhaltige Entwicklung* dar: Es sei so unscharf formuliert, dass sich letztlich alle dem Leitbild zuordnen könnten (vgl. Renn, 2007). Auf diese Kritik wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

2.3 Auswirkungen und Kritik

Man könnte bilanzieren: Seit Rio (1992) ist nichts so nachhaltig wie das Reden und Schreiben über ‚Nachhaltige Entwicklung‘ oder ‚Sustainable Development‘ und gleichzeitig nichts so aussichtslos wie der Versuch, den Begriff konsensfähig und allgemeinverbindlich zu definieren (Jüdes, 1997, S. 1; zit. n. Renn, 2007, S. 9).

Jüdes (1997) spricht hier zwei wichtige Kritikpunkte in Bezug auf das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* an: Seine häufige Verwendung und seine geringe Verbindlichkeit. Seit der Agenda 21 sind unzählige Regierungserklärungen, internationale Abkommen und Strategiepapiere verabschiedet sowie UN-Konferenzen

9 Ausführlicher wird auf die Problematik der Definition einer intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit in Abschnitt 3.2.2 eingegangen.

abgehalten worden. So wurden in vielen Ländern nationale Nachhaltigkeitsstrategien ausgearbeitet, z.B. in Deutschland durch den *Rat der nachhaltigen Entwicklung*. Auf politischer Ebene sind also zahlreiche Anstrengungen unternommen worden, um das Leitbild zu verfestigen und das anscheinend mit Erfolg: Eine Orientierung am Leitbild ist seit Jahren verstärkt bei Unternehmen, Gewerkschaften sowie kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen festzustellen (vgl. Otto, 2007). Seit der Konferenz in Rio wird der Begriff *Nachhaltigkeit* immer häufiger in den Medien, aber auch in Unternehmensberichten oder Werbebotschaften verwendet (vgl. ebd.)¹⁰. Im öffentlichen Diskurs um nachhaltige Entwicklung herrscht insgesamt Einigkeit darüber, dass die westliche Zivilisation mit ihrer globalen Entwicklung die Natur übernutzt. Ebenfalls herrscht Konsens darüber, dass das ökonomische Wachstumsparadigma mit der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage einhergeht (vgl. Dinger, 2003). Auch Brand (2004) stellt fest: „Weltweite Gerechtigkeit und eine nicht die langfristigen Lebensgrundlagen zerstörende Produktions- und Konsumweise gehören heute zum Common Sense“ (ebd., S. 14). Das bedeutet, es mangelt also nicht an der Akzeptanz des Leitbildes, sondern vielmehr an konkreten Handlungsstrategien, denn keines der Dokumente selbst enthält wirkliche Verpflichtungen der Vertragsstaaten oder konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Die 2010 festgesetzten Millenniumsziele stellen dabei zwar etwas konkretere Ziele dar, die aber auch – gerade im Bereich der Armutsbekämpfung – bislang nicht erreicht wurden (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012; Pufé, 2007).

Zwar merkt Seybold (2001) an, dass die mangelnde Konkretisierung nachhaltiger Entwicklung bzw. nachhaltiger Handlungsstrategien für das Leitbild selbst nicht nachteilig sein muss (vgl. ebd., S. 66), jedoch ist das spätestens dann der Fall, wenn dies eine Art „Kompromissformel“ darstellt, in der sich viele unterschiedliche und auch gegensätzliche Interessen repräsentiert werden können. Die fehlende Konkretisierung, welche Handlungen sich durch eine konsequente

10 Dabei stellt Otto (2007) fest, dass es keine einheitliche Verwendung des Begriffes gibt. Er wird von den unterschiedlichsten Akteursgruppen (z.B. Umweltgruppen, Gewerkschaften, Parteien) in unterschiedlicher Bedeutung verwendet, in der sich auch die jeweiligen akteursspezifischen Eigeninteressen abbilden.

Ausrichtung für Politik und Wirtschaft ergeben, überlässt den jeweiligen Akteuren einen Definitionsspielraum, der sogar zu manipulativ-rhetorischen Zwecken genutzt werden kann (vgl. Brand, 2004; Brinkmann, 2006). So können sich beispielsweise Umweltgruppen mit Unternehmen auf verbaler Ebene einig sein, dasselbe Ziel zu verfolgen, ohne dass die unterschiedlichen Schwerpunkte oder Interessen offen gelegt werden müssen. Ekardt (2012a, S. 129) fordert deshalb, wer über Nachhaltigkeit rede, benötige zuerst eine Definition dessen. Brinkmann (2006) bezeichnet den Begriff *Nachhaltigkeit* als „politische und mediale Leerformel“¹¹ (vgl. ebd., S. 280) und Blühdorn (2002) sieht gerade in seiner fehlenden konkreten Formulierung den Erfolg des Leitbildes *nachhaltige Entwicklung* (ebenso Grunwald, 2007). Was aber die Umsetzung des Leitbildes oder die Definition von Gerechtigkeit konkret bedeutet, darüber herrscht bei Weitem kein Konsens. Doch selbst durch eine Festlegung dieser Begriffe bringt das Konzept *nachhaltige Entwicklung* die Schwierigkeit mit sich, eine Verhaltensregel zu benennen, die festlegt, welche Maßnahmen gerechtfertigt sind (vgl. Renn, 2007). Die Herausforderung der Umsetzung des Konzeptes drückt sich auch in der Analyse der Wirksamkeit der zahlreichen Strategiepapiere aus, die eher ernüchternd ausfällt (vgl. Swanson et al., 2004, zit. n. Renn, 2007). Als Gründe hierfür werden fehlendes Budget, aber auch die fehlende Konkretisierung von Politikinstrumenten genannt. Renn (2007) kommt zu folgendem Schluss:

Die Inflation von Publikationen und Erklärungen zur nachhaltigen Entwicklung steht in einem eigenartigen Kontrast zu den skeptischen Beurteilungen der Wirksamkeit aller dieser wohlmeinenden Strategiepapiere (Renn, 2007, S. 10).

Kritik besteht auch darin, dass durch das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* – wie bereits im Begriff verankert – die Idee des ökonomischen Wachstums, das jedoch für den derzeitigen nicht-nachhaltigen Zustand als eine Ursache genannt wird, weiter geführt wird (s. auch Exkurs I). In den nordwestlichen Gesellschaften hat sich ein Wissen entwickelt bzw. etabliert, dass die ökologische Krise durch eine ökonomische Modernisierung zu bewältigen sei (vgl. Brand, 2004, S. 8). Die

11 Ähnlich Ricken (2007, S. 16 f.) zum Begriff *Bildung*.

Priorisierung von ökonomischen Interessen sind einem solchen Nachhaltigkeitsverständnis bereits inhärent. Daran gekoppelt sind die wirtschaftlich geprägte Effizienzstrategie sowie die Entwicklung neuer Technologien. Hier wird davon ausgegangen, dass es möglich sei, seinen Lebensstil beizubehalten, da durch neue Technologien und einer Effizienzverbesserung das Verhalten nicht geändert werden müsse (vgl. Ekardt, 2012b). Mit der Orientierung am Prinzip der Effizienz ist weiterhin die Grundvorstellung verbunden, dass man „den Wohlstand an in Geld ausdrückbaren Gütern zu maximieren“ versucht (Ekardt, 2012b, S. 29). Ekardt bezeichnet diese Effizienz-Orientierung selbst als eine Ethik, da sie die Basis für Entscheidungen darstellt und damit als eine normative Präferenztheorie einzustufen ist (vgl. ebd., S. 29 ff.). Als ein Werkzeug für Entscheidungen innerhalb dieser Präferenztheorie werden Rechnungen angewandt, die Nutzen und Schaden verschiedener Optionen monetarisieren. Hierdurch wird eine konkrete Zahl geliefert, wodurch die daraus abgeleitete Entscheidung zwar „objektiv“ erscheinen mag, es aber aufgrund der Verwendung der Präferenztheorie nicht ist. Außerdem werden diese Berechnungen unter Unsicherheit durchgeführt, da es sich um hochkomplexe Systeme und ebenso hochkomplexe Auswirkungen handelt und zudem der Zeitraum der Berechnung weit in die Zukunft reichen muss. Dass damit jedoch der Unsicherheitsfaktor erhöht wird und auch keine Aussage darüber getroffen werden kann, inwiefern der Schaden oder Nutzen für die zukünftigen Generation im Vergleich zur heutigen „gleich“ bedeutsam einzuschätzen ist, ist naheliegend. Ekardt (2012b) zieht das Fazit: „Man kann das ethisch und rechtlich richtige Maß an Nachhaltigkeitsmaßnahmen wie z.B. an Klimaschutz einschließlich aller damit verbundenen Folgefragen also nicht ausrechnen“ (ebd., S. 43).

Die Kritik an der ökonomischen Ausrichtung des Leitbildes wird gestützt, wenn man bedenkt, dass die Kritik an dem Umgang mit der Natur und auch an westlichen Produktions- und Konsummustern bereits seit Jahrzehnten von Umweltverbänden und -bewegungen ausgeübt wird¹². Spätestens seit dem Bericht

12 Als ein erstes wichtiges Werk kann das 1962 von Rachel Carson veröffentlichte Buch *The Silent Spring* genannt werden, in welchem die Schädigung von Ökosystemen durch den Einsatz von Pestiziden thematisiert wird. Das Werk wurde in der Umweltbewegung zwar als be-

*Grenzen des Wachstums*¹³ (Meadows et al., 1972) wird deutlich, dass der menschliche Lebensraum Grenzen hat, die sich in naher Zukunft auch auf die Menschheit selbst auswirken werden. Damit einher geht eine Kritik an der Annahme, dass technische und wissenschaftliche Erkenntnisse einen Lösungsansatz für diesen Zustand bieten könnten. Die Autoren weisen deshalb auf die Notwendigkeit eines neuen Denkansatzes hin, der nicht mehr von der Möglichkeit grenzenlosen Wachstums ausgeht, sondern die Begrenztheit der Ressourcen einbeziehen muss. Da sich der Abfall des Lebensstandards auch in einer weiter fortschreitenden ungerechten Verteilung bemerkbar machen wird, verweisen Meadows et al. (1972) nachdrücklich auf die Rolle der Industrienationen gegenüber Ländern des Globalen Südens, da diese mit ihrer starken Ausrichtung an wirtschaftlichem Wachstum für die Situation verantwortlich sind. Seitdem wurde die Studie noch häufig aktualisiert (1992, 2004 und 2012). In der aktuellen Version (Randers, 2012) wird vor allem der Klimawandel als eine Herausforderung für die Zukunft der Menschheit charakterisiert. Der Bericht ist methodisch und konzeptionell nicht unumstritten, erzielte jedoch hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und stellt das erste Werk dar, das die Auswirkungen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Umwelt thematisiert (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012, S. 21).

Von der wirtschaftlichen Orientierung nachhaltiger Entwicklung ist auch das zugehörige Naturbild betroffen. Natur ist im Brundtland-Bericht und in der Agenda 21 eindeutig eine Ressource, die durch Rationalität und Technologie gemanagt werden soll. Eine Umsetzungsstrategie dafür stellt die Effizienzsteigerung dar. Der im hegemonialen Verständnis des Nachhaltigkeitsbegriffes bestehende Naturbegriff wird dabei auf die Natur mit ihrer ökonomischen Nutzen-

deutungsvoll eingestuft, erreichte jedoch nicht die breite Öffentlichkeit (vgl. Pufé, 2014, S. 29 f.).

13 In *Grenzen des Wachstums* berechneten Meadows et al. (1972) in unterschiedlichen Szenarien die Zukunft der Weltbevölkerung. Dabei wurden in einem vereinfachten Modell die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsdichte, Nahrung, Energie, Kapital und Umweltnutzung dargestellt und diese in den Berechnungen auf unterschiedliche Art und Weise miteinander kombiniert. Das Ergebnis war, dass auch unter der Annahme von grenzenlosen Ressourcen in Kombination mit diversen politischen Maßnahmen die Weltbevölkerung und der Lebensstandard innerhalb der nächsten 100 Jahre stark abfallen werden.

funktion reduziert (vgl. Braunmühl & Winterfeld, 2003; Dingler, 2003). Weiter kritisieren Brand & Jochum (2000), dass im Brundtland-Bericht die Grenzen der Entwicklung nicht durch die Umwelt als solche bestimmt werden, sondern durch den Stand der Technologie und die soziale Organisation, die Umwelt zu nutzen (vgl. ebd., S. 23). Braunmühl & Winterfeld (2003) skizzieren, dass zu Beginn der Debatte um nachhaltige Entwicklung noch Elemente in den Diskurs eingeflossen sind, die die Übernutzung der Natur berücksichtigten und eine Neugestaltung des Naturverhältnisses forderten. Es haben sich jedoch lediglich solche Strategien durchgesetzt, „welche eine neue Entwicklung unter Beibehaltung alter Rationalitäten einleiten wollten“ (ebd., S. 32). Auch in Konzepten einer *starken Nachhaltigkeit* wird ein Naturverständnis reproduziert, in dem die Natur lediglich auf ihren ökonomischen Nutzen reduziert wird. Durch die Annahme einer ‚Managebarkeit‘ der Natur wird zugleich eine Verwissenschaftlichung des Diskurses im Sinne einer naturwissenschaftlichen Rationalität ermöglicht (vgl. ebd.). Daher ist es nicht verwunderlich, dass sozialwissenschaftliche Ansätze derzeit verhältnismäßig wenig im wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs vertreten sind (vgl. Dingler, 2003; Lange, 2008). Dass die Idee einer nachhaltigen Entwicklung ein anthropozentrisches Naturverständnis aufweist, ist nicht zu leugnen, dennoch muss dies nicht gleichbedeutend mit einem nutzenorientierten Naturverständnis sein. Auch in einem anthropozentrischen Verständnis von Natur kann die Natur mehr Wert beinhalten als nur den einer ökonomisch nutzbaren Ressource (z.B. Habermas, 1997).

Exkurs I: Kritik am Leitbild nachhaltige Entwicklung seitens postkolonialer und postmoderner Analyse.

Das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* ist keinesfalls ein wertfreies Konzept. Es kann nicht von einem neutralen Standpunkt ausgegangen werden bzw. davon, dass Gerechtigkeit ein übergreifendes Konzept ist, das jede*r vertritt (vgl. Banerjee, 2003). Kritik an der Standortgebundenheit des Leitbildes wird beispielsweise seitens postkolonialer Ansätze geäußert: Dem Leitbild *nachhaltige Entwicklung* der Agenda 21 sind westliche Grundannahmen immanent: Es wird kritisiert, dass

Entwicklung ausschließlich als ökonomisches Wachstum verstanden (Banerjee, 2003) und linear gedacht wird (Brand, 2004). Durch die Auffassung von Wissen als etwas Neutralem, Standortunabhängigem, wird die ökonomische Herangehensweise ebenfalls als neutral behandelt (vgl. Ziai, 2010). Dingler (2003) kommt in einer Diskursanalyse zu dem Schluss, dass das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* unter dem Paradigma der Moderne steht: Neben der Annahme, dass Wissen etwas Neutrales ist, spiegelt sich das Paradigma der Moderne auch im Naturverständnis wider. Die Natur stellt hier ein Objekt dar, das erforschbar und managebar ist (vgl. ebd.). Den Erfolg des Leitbildes sieht Dingler (2003) darin, dass am Wachstumsparadigma festgehalten werden kann. Es muss keine gänzlich neue Wirtschaftsform gefordert werden, die alte muss nur hinsichtlich Effizienz modernisiert werden. Die Kritik an der Vereinbarkeit von ökonomischen Interessen und dem Leitbild *nachhaltige Entwicklung* basiert auf der Kritik an einer wachstumsorientierten Wirtschaft. Durch einen post-modernen und post-kolonialen Blick auf das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* wird deutlich, dass diese ökonomische Orientierung nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft als solche bzw. dessen Akteure zurückgeführt werden kann, sondern insgesamt als Orientierung einer modernen westlichen Gesellschaft betrachtet werden muss. Im Folgenden soll dies ausgehend von einer Diskursanalyse von Dingler (2003), der der Frage nachging, ob nachhaltige Entwicklung als ein modernes oder post-modernes Konstrukt zu verstehen ist, dargestellt werden. Da sich seine Ergebnisse und seine Kritik am Leitbild *nachhaltige Entwicklung* mit denen von postkolonialen Theoretiker*innen überschneiden, werden letztere hinzugezogen. Postkoloniale Ansätze können als eine retrospektive Reflexion auf Kolonialismus verstanden werden, die vor allem Machtfragen thematisieren und eine andere Art des Erzählens des Kolonialismus vorstellen. Dabei ist unter „post“ keinesfalls zu verstehen, dass der Kolonialismus vorbei sei, sondern vielmehr ein Verweis auf seine Konsequenzen bis in die heutige Zeit (vgl. Banerjee, 2003).

Ausschlaggebend für die Moderne werden von Dingler (2003) die Wertschätzung von Vernunft, Wissen, Fortschritt und Emanzipation genannt. Des Weiteren ist die Moderne geprägt von einer Konstruktion von Dichotomien, so zum Beispiel Kultur und Natur, Emotionalität und Rationalität oder Körper und

Geist. Damit einher geht die Hierarchisierung dieser beiden Pole, wodurch einer der beiden priorisiert und idealisiert wird. Im Zuge der Wertschätzung von Vernunft sind es Rationalität, Geist und Kultur, die jeweils über den anderen Pol herrschen. Für das Naturverhältnis ergibt sich hier eine Unterwerfung der Natur unter den Menschen, da dieser natürliche Abläufe durch wissenschaftliche Erkenntnismethoden erforscht und sich diese zunutze machen kann. Natur stellt ein vom Erkenntnissubjekt unabhängiges Objekt dar. In einem solchen anthropozentrischen und dichotomen Naturverständnis kann Natur kein Teil der Kultur und damit dem Menschen sein, sondern ist dem Menschen unterworfen (vgl. Dingler, 2003, S. 45 ff.). Es wird davon ausgegangen, dass die Erkenntnis und das daraus abgeleitete Wissen universellen Charakter haben und auf jede Gesellschaftsstruktur übertragen werden können. Ausgehend von dieser Annahme wird die Bewertung von Gesellschaften hinsichtlich ihres „Entwicklungsstandes“ legitimiert. Auch hier ergibt sich eine Dichotomisierung: Es gibt entwickelte Gesellschaften, die sich durch Industrialisierung und Demokratisierung kennzeichnen, und unterentwickelte Gesellschaften, die an diesen gemessen werden. Aus der Annahme des universellen und objektiven Charakters von Wissen ergibt sich ebenfalls die Konsequenz, dass die konstruierten Dichotome als natürlich und damit unveränderlich dargestellt werden (vgl. ebd.).

Eine ähnliche Kritik wird auch von postkolonialen Ansätzen angeführt, was nicht verwundert, da Kolonialismus keinesfalls als ein Rückschritt vor die Moderne zu verstehen ist, sondern vielmehr aus dieser hervorgegangen ist (Banerjee, 2003). Die Kolonialisierung wird dabei ebenfalls als ein Prozess der Konstruktion von Dichotomien und Hierarchisierungen beschrieben: Durch die Übernahme des Territoriums wurden zunächst „Unzivilisierte“ und dann „Unterentwickelte“ geschaffen, da plötzlich Subsistenzwirtschaftler*innen als entwicklungsbedürftig betrachtet wurden. Damit entstanden neue Machtverhältnisse – stets legitimiert durch eine vermeintlich „objektive“ Form von Wissen (vgl. Hall, 1994; Hall, 1996; Spivak, 2008).

Im Verständnis der Moderne ist Entwicklung eng verbunden bzw. gar synonym mit ökonomischem Wachstum (vgl. Banerjee, 2003). Ökonomie als Wissenschaft wird dabei ebenfalls als neutral dargestellt (vgl. Ziai, 2010). Ein sol-

ches Entwicklungsverständnis ist ebenfalls dem Nachhaltigkeitskonzept in der Agenda 21 zu entnehmen (vgl. Sachs, 1992). Es wird auch hier immer noch davon ausgegangen, dass Entwicklung im Sinne von technischem Fortschritt und ökonomischem Wachstum eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschheit bringen kann¹⁴. In einem solchen Verständnis ist Natur ganz im Sinne der Moderne erforsch-, beherrsch- und managebar (vgl. Dinger, 2003).

Dinger (2003) führt an, dass in der Prä-Brundtlandphase das industrielle System und der Wachstumsimperativ noch als Auslöser der ökologischen Krise betrachtet wurden. Während der Phase des Brundtland-Berichtes selbst wurde die Ursache vielmehr in der Armut gesehen¹⁵. Es findet somit eine diskursive Rekonfiguration von Wachstum als Ursache zu Wachstum als Lösungsansatz statt. Dies ermöglichte es erst, Wachstum als Bekämpfung einzuführen. Wachstum und nachhaltige Entwicklung sind im Brundtland-Bericht vereinbar, da die Armut als Ursache der ökologischen Krise angenommen wird. Da Armut auf mangelnde Entwicklung zurückgeführt wird, scheint es logisch, Entwicklung zur Armutsbekämpfung einzuführen. Durch die Rio-Konferenz wurde eine weitere Perspektive auf Entwicklung eingeleitet. Hier werden die Produktions- und Konsummuster des Nordens als Ursache genannt. Man könnte nun meinen, dass Wachstum hiernach als krisengenerierend betrachtet wird. Das passierte aber nicht, sondern nur die bestimmte Form von Wachstum – die derzeitige nicht-nachhaltige – wird folgend als Ursache bezeichnet. Wachstum wird nun einhergehend mit Effizienz, Rationalität und Modernisierung gefordert. Im hegemonialen Diskurs um nachhaltige Entwicklung ist vor allem die Strömung vertreten, die nachhaltige Entwicklung innerhalb einer Entwicklungslogik um Technik und Fortschritt auffasst und diese ökologisch reformieren möchte. In seiner Dis-

14 Banerjee (2003) kritisiert daran, dass die Transformation der Natur zur Umwelt dazu maßgeblich beigetragen hat, da im Begriff *Umwelt* keinerlei Beziehung dargestellt wird, sondern der Begriff noch deutlicher zeigt, dass ein Objekt dargestellt wird: Dieses Objekt sei entweder ein Problem, was gelöst werden könne, ein Kapital oder ein Instrument. Diese Verfügungsmacht des Menschen über die Natur wird von Brinkmann (2006) als „tiefe Paradoxie der Moderne“ bezeichnet (ebd., S. 280).

15 „And we believe such growth to be absolutely essential to relieve the great poverty that is deepening in much of the developing world“ (WCED, 1987, S. 11). Implizit wird damit gesagt, dass die Umweltzerstörung in der Dritten Welt durch die Armut bedingt ist.

kursanalyse kommt Dingler (2003) demnach zu dem Schluss, dass nachhaltige Entwicklung als Weiterführung des Entwicklungsparadigmas verstanden werden muss. Im Unterschied zu der Zeit vor Rio sind es aber nicht ausschließlich Länder des Globalen Südens, die entwickelt werden sollten, sondern ebenfalls Länder des Globalen Nordens – aufgrund ihrer Wirtschaftsform. Zwar wird in dieser Strömung nicht abgestritten, dass Wachstum an der ökologischen Krise mitverantwortlich ist, jedoch wird an der Grundidee festgehalten bzw. durch das Verantwortliche selbst versucht das Problem zu lösen. In der Agenda 21 reproduziert sich demnach auch das moderne Verständnis von Wissen: Als Wissen wird nur ein Solches anerkannt, das unter den Bedingungen der Wissenschaft entstanden ist. Dadurch besitzen Institutionen Macht, die über dieses Wissen verfügen oder gar Wissen produzieren. Andere Wissensformen wie beispielsweise das von Subsistenzwirtschaftler*innen wird als ungültig angesehen und findet im hegemonialen Diskurs keine Beachtung (vgl. Banerjee, 2003; Carter, 2004). Nachhaltige Entwicklung wird deshalb von Dingler (2003) wie folgt beschrieben:

Nachhaltige Entwicklung wird so als ein diskursiver Bestandteil einer reflexiven Moderne betrachtet, bei der ökologische Probleme reflexiv als selbstgenerierte Folgeprobleme der Modernisierung erkannt werden, die durch eine Anwendung der Moderne auf die Moderne – eine Modernisierung der Moderne – letztendlich überwunden werden können (Dingler, 2003, S. 196).

Das hegemoniale Konzept nachhaltiger Entwicklung stellt damit einen ethnozentrischen bzw. eurozentrischen Diskurs dar, da der spezifische kulturelle Diskurs der Moderne mit seiner Produktion von „wahrem“ Wissen und seiner Vorstellung von Entwicklung transkulturell verabsolutiert wird. Andere subordinierte Diskurse werden nicht einbezogen (vgl. Dingler, 2003, S.328). Das erklärt auch, warum alternative Konzepte zu nachhaltiger Entwicklung in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind und vertreten werden.

2.4 Fazit

Mit dem Leitbild *nachhaltige Entwicklung* soll auf die ökologische und soziale Krise des 21. Jahrhunderts reagiert werden. Die leitende Idee einer nachhaltigen Entwicklung ist *intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit*. Damit stellt Nachhaltigkeit weniger eine regulative Idee dar als vielmehr ein leitendes Prinzip. Was konkret als gerecht gilt, muss in einem gesellschaftlichen Diskurs ausgehandelt werden.

Das Leitbild stößt weltweit auf breite Zustimmung, die Begriffe *Nachhaltigkeit* und *nachhaltige Entwicklung* sind in Medien, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft breit vertreten. So positiv dies zunächst scheint, so problematisch ist eine konkrete Umsetzung. Eine Bilanz nach über zwei Jahrzehnten fällt eher bescheiden aus (vgl. Grunwald & Kopfmüller, 2012). Die Zustimmung aus den unterschiedlichsten Bereichen wird dabei auf die fehlende Konkretisierung und damit zu vermissende Verbindlichkeit des Begriffs *Nachhaltigkeit* bzw. des Leitbildes *nachhaltige Entwicklung* zurückgeführt (vgl. Brand, 2004). Als einziger Grundkonsens ist demnach allen, die sich zu einer nachhaltigen Entwicklung bekennen, gemein, dass die Verarbeitungskapazität der Umwelt nicht überschritten werden darf und die Lebensbedingungen der Menschen nicht gefährdet sein dürfen. Doch wie dies erreicht werden kann, bleibt weiterhin umstritten (vgl. Renn, 2007).

Das Leitbild *nachhaltige Entwicklung* läuft deshalb Gefahr, aufgrund seiner mangelnden konkreten Forderungen zu einer Floskel zu verkommen bzw. bereits eine zu sein (vgl. Jüdes, 1997; zit. n. Renn, 2007). Ebenfalls lässt die gute Vereinbarkeit des Leitbildes mit ökonomischen Interessen vermuten, dass kein wirklicher Kurswechsel eingeschlagen wird. Eine Vermutung, die in der Realität leider häufig bestätigt wird. Ein Hauptkritikpunkt kommt dabei der Fortführung des wirtschaftlichen Wachstumsparadigmas zu: Obwohl es für die ökologische Krise verantwortlich sein soll, wird es dennoch fortgeführt (vgl. Brand, 2004). Unter dem Deckmantel der Effizienz werden weiterhin Gewinn- und Kapitalmaximierung legitimiert, was sich auch in dem Konstrukt des „nachhaltigen Konsumenten“ wiederfindet. Damit rückt im breiten Nachhaltigkeitsdiskurs die Ur-

sache der Krise in den Hintergrund, ebenfalls bleiben Machtfragen ungeklärt (vgl. Brand, 2004; Dingler, 2003). Soll es jedoch wirklich um Gerechtigkeit gehen, kann die Klärung dieser Fragen nicht ausbleiben, sonst sind die Begriffe *Nachhaltigkeit* und *nachhaltige Entwicklung* lediglich rhetorisches Werkzeug mit symbolischer Wirkung. Es wäre jedoch ebenfalls fatal, sich von den Begriffen zwecks Missbrauchs und mangelnder Umsetzung zu verabschieden. *Nachhaltigkeit* und *nachhaltige Entwicklung* werden bereits lange in Öffentlichkeit und Wissenschaft diskutiert (vgl. Kruse-Graumann, 2014), was eine gute Akzeptanz und eine wichtige Grundvoraussetzung zur Weiterentwicklung mit sich bringt. Jedoch müssen bei dem Diskurs darüber, was gerecht ist, die angeführten Kritikpunkte ernst genommen sowie Interessen und Perspektiven hinterfragt werden. Dies gilt auch für die Pädagogik. Der Bildung wird in der Agenda 21 eine wichtige Rolle zugewiesen. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung läuft also von Beginn an Gefahr, zu politischen Zwecken instrumentalisiert zu werden. Um dem entgegen zu kommen, ist es notwendig die dem Leitbild zugrunde liegenden Annahmen zu reflektieren und die Kritik ernst zu nehmen.

Orientierungen von Jugendlichen zu
Nachhaltigkeitsthemen
Zur didaktischen Bedeutung von implizitem Wissen im
Kontext BNE
Holfelder, A.-K.
2018, XVIII, 438 S. 3 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-18680-7